

TOP 10: Bürgerinnen und Bürger und Kommunen bei der Begleitung des Auswahlprozesses für ein Atommüll-Endlager unterstützen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 7/3141 (Neudruck)

Ich eröffne die Aussprache. Zu uns spricht der Abgeordnete Domres für die Fraktion DIE LINKE.

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn im Dezember 2022 das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet sein wird, werden als Folge der Epoche der zivilen Kernkraftnutzung 30 000 Kubikmeter hochradioaktiven Abfalls angefallen sein - Abfall, der so gefährlich ist, dass er für eine Million Jahre sicher untergebracht werden muss. Man hat sich auf den Weg der Kernkraftnutzung gegeben, ohne für dieses Problem eine Lösung zu haben. Es gibt wohl auch keine sichere Lösung, denn niemand kann einen Zeitraum von einer Million Jahre überblicken und dafür Garantien abgeben. Bei der Asse als angeblich sicherem Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle kam das böse Erwachen schon nach wenigen Jahrzehnten, und die Abfälle müssen nun unter immensem Aufwand wieder geborgen werden. Und trotzdem müssen wir jetzt mit der Situation umgehen und eine Lösung finden, die so gut und sicher ist, wie sie aus heutiger Sicht eben sein kann.

Nach mehreren Anläufen und langer Diskussion auf Bundesebene ist 2017 das Standortauswahlgesetz beschlossen worden, das den Weg zu dieser Lösung nun vorzeichnet. Das Gesetz sieht vor, in mehreren Phasen bis 2031 zu einer Festlegung eines Endlagerstandorts zu kommen. Dabei sollen geologische und planungswissenschaftliche Kriterien angewendet werden, die im Gesetz vorgegeben sind.

Die erste Phase hat mit der Vorlage des Zwischenberichts Teilgebiete im vergangenen September begonnen. Nun sollen nach einer Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung aus diesen Teilgebieten diejenigen ausgewählt werden, in denen eine überträgige Eignungserkundung erfolgt. Im Ergebnis werden dann Gebiete ausgewählt, die untertägig erkundet werden, worauf dann ein Endlagerstandort vorgeschlagen und vom Deutschen Bundestag beschlossen werden soll.

Man kann an diesem Gesetz und an diesem Verfahren einiges kritisieren - ich nenne nur die Einschränkungen bei der Bürgerbeteiligung, die fehlende vollständige Offenlegung der fachlichen Grundlagen und fehlende Möglichkeiten der rechtlichen Überprüfung als Stichworte. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der Grundgedanke, nämlich die Auswahl ausschließlich nach nachvollziehbaren, fachlichen Kriterien vorzunehmen, ist sinnvoll, denn nur so können größtmögliche Sicherheit und Akzeptanz erreicht werden. Für Brandenburg führt der Zwischenbericht Teilgebiete 17 geologische Formationen auf, die in der ersten Runde als denkbare Endlagerstandorte identifiziert wurden. Das reicht von Tonschichten, die sich über große Teile Norddeutschlands erstrecken, bis hin zu kleinen lokalen Salzstöcken. Es ist verständlich, dass diese erste Auswahl in den Regionen sofort die Alarmglocken schrillen lässt. Denn es ist völlig klar, welche drastischen Einschnitte an Möglichkeiten der Entwicklung und an Lebensqualität es schon bedeuten würde, auch nur in die engere Auswahl gekommen zu sein, ganz abgesehen von den Risiken für Menschen und Natur am tatsächlichen Endlagerstandort.

Viele Menschen hierzulande befürchten, dass am Ende der Atommüll aus dem Westen in den dünn besiedelten Osten verfrachtet wird, weil man hier mit weniger Widerstand rechnet. Und zu präsent sind die Argumente, die vermeintlich für Gorleben sprachen: Zonenrand und dünn besiedelte Regionen mit vermutetem geringem Widerstandspotenzial - wir haben alle erlebt, was dort gelaufen ist.

Hinzu kommen die Sorgen und die Tatsache, dass die Menschen hier in Brandenburg mit den eigenen Hinterlassenschaften der Energieerzeugung zu kämpfen haben - ich nenne nur den Verlust von Dörfern und Landschaften durch Tagebaue, riesige wegen Rutschungsgefahr gesperrte Gebiete oder die Langzeitfolgen des Bergbaus für die Gewässer. Das wurde politisch als ungerecht empfunden - und trotzdem: Es führt kein Weg daran vorbei, der Standortsicherheit höchste Priorität einzuräumen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt in den Regionen des Landes deshalb ein großes Interesse daran, sich nun in das weitere Verfahren intensiv einzubringen. Dafür gibt es auch eine Reihe von Möglichkeiten. So gibt es in der jetzigen Phase die Fachkonferenzen Teilgebiete, an denen sich Bürgerinnen und Bürger und Kommunen beteiligen können. Im weiteren Verlauf wird es darüber hinaus Regionalkonferenzen geben, die sich aus Bürgerinnen und Bürgern, aus Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertretern und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammensetzen werden und den Prozess begleiten sollen. Aber diese Beteiligung ist kein Selbstläufer. Sie ist hoch anspruchsvoll, nicht nur wegen des Umfangs der Unterlagen, sondern auch wegen der sehr spezifischen Fragestellungen. Einwände und Beiträge der regionalen Vertreterinnen und Vertreter werden im Verfahren nur Gehör finden können, wenn sie sich explizit mit den fachlichen Grundlagen und den wissenschaftlichen Kriterien der Standortsuche auseinandersetzen. Das erfordert absehbar die regionalen Vertreterinnen und Vertreter. Sie benötigen aktive Unterstützung durch die Landesregierung mit ihren Fachbehörden. Es ist ja gut, wenn das Landesbergamt wie angekündigt eine fachliche Stellungnahme zum Zwischenbericht Teilgebiete erarbeitet. Aber warum wartet man darauf, dass der Bund oder die BGE den irgendwann veröffentlicht, anstatt mit den eigenen Erkenntnissen aktiv auf die Kommunen und die Bürgerinitiativen zuzugehen?

Wir schlagen ein Begleitgremium vor, so wie es auch in anderen Bundesländern eingerichtet wurde. Hier können sich Betroffene vernetzen und die Landesregierung kann informieren und Hilfestellung geben. Nur so besteht die Aussicht, sich wirkungsvoll in das Verfahren einbringen und die Beteiligungsmöglichkeiten ausschöpfen zu können. Ich habe an der Fachkonferenz Teilgebiete im Februar teilgenommen und erlebt, wie dort Kommunen aus Bayern bestens informiert, miteinander abgestimmt und mit einer gemeinsamen Strategie aufgetreten sind, um das Verfahren in ihrem Sinne zu beeinflussen und Mehrheiten zu finden. In der Antwort auf meine mündliche Anfrage in der Februarsitzung hat Frau Ministerin Nonnemacher die Ansicht vertreten, der Beteiligungsprozess gehe das Land nichts an und die Betroffenen bräuchten keine Unterstützung durch das Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte das für eine Fehleinschätzung, die fatale Auswirkungen auf das gesamte Land haben kann, wenn dadurch Argumente aus den Regionen nicht optimal in den Auswahlprozess einfließen.

Deshalb haben wir diesen Antrag eingebracht. Ich werbe ausdrücklich um Zustimmung. Lassen Sie die Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen nicht im Stich. Unterstützen Sie die Arbeitskreise in den Kommunen und Landkreisen. Wir ergänzen die Forderung nach einem Begleitgremium um die Aufforderung

an die Landesregierung, sich beim Bund für Verbesserungen an denjenigen Stellen einzusetzen, an denen es noch Defizite im Beteiligungsverfahren gibt. Die Fachkonferenz Teilgebiete hat die Grenzen eines rein digitalen Formats aufgezeigt. Ein Moratorium ist sinnvoll, um eine direkte Diskussion besser zu ermöglichen, aber auch, um den Beteiligten mehr Zeit dafür zu geben, sich mit den schwierigen Sachfragen auseinanderzusetzen. Es braucht dort Verbesserungen, wo fachliche Grundlagen wegen angeblicher Geschäftsgeheimnisse von Bergbauunternehmen zurückgehalten werden und Bürgerbeteiligung in bestimmten Verfahrensschritten nicht vorgesehen ist.

Vom weiteren Verfahren der Endlagersuche hängt sehr viel für die betroffenen Regionen, hängt viel für das ganze Land ab. Lassen Sie die Betroffenen nicht im Stich und stimmen Sie unserem Antrag zu. - Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Richstein:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Lüttmann.

Herr Abg. Lüttmann (SPD):

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ende 2022 ist Schluss, das letzte deutsche Atomkraftwerk geht vom Netz. Es geht also nicht mehr um die Frage „Kernkraft ja oder nein?“, sondern es stellt sich nun die Frage: Wohin mit den Massen an radioaktivem Abfall? Thomas Domres hat es gerade gesagt: Über 27 000 Kubikmeter Atom Müll oder 1 900 Castorbehälter suchen ein Endlager. Für diese Massen radioaktiven Mülls brauchen wir ein Lager, eines, das rund eine Million Jahre - sprich knapp 40 000 Generationen, wie Jan Böhmmermann ausgerechnet hat - sicher bleibt. 2031 soll diese Suche abgeschlossen sein, ab 2050 der Atom Müll unter die Erde kommen. Das ist eine Mammutaufgabe, zumal natürlich niemand diesen Müll in seiner Region haben möchte. Deshalb danke ich auch der Linksfraktion, dass sie diesen Antrag auf die heutige Tagesordnung gesetzt hat. Ich finde es wichtig, dass wir hier im Landtag darüber sprechen.

Schauen wir auf den Auswahlprozess: Seit dem Gesetzesbeschluss auf Bundesebene, der 2017 mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen gefasst wurde, läuft die intensive Suche. Das Verfahren liegt komplett in der Hand des Bundes und sieht eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit vor: Fachkonferenzen, Regionalkonferenzen, Planspiele, Infoaktionen, Einladungen an Multiplikatoren, Ausstellungen - gerade erst war sie hier im Landtag -, die App „endlagersuche:360°“ und seit dem 3. März jetzt auch ein Informationsangebot eigens für Kommunen. Grundsätzliche Kritik an diesem Verfahren kommt allerdings von der Antiatomkraftbewegung „ausgestrahlt“. Sie weist darauf hin, dass der Prozess coronabedingt nur online stattfindet und möglicherweise auch unter der Prioritätensetzung in der Pandemiebekämpfung leide. Das ist ernst zu nehmen, auch wenn einiges darauf hindeutet, dass diese Onlineformate sehr gut wahrgenommen werden und auch die Beteiligung gut ist. Das wurde auch vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung bestätigt, das Beteiligungsangebot wurde gerade in Brandenburg sehr gut angenommen. An der letzten Konferenz sei das Land Brandenburg mit 82 teilnehmenden Personen neben Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg sogar am stärksten vertreten gewesen. Ich sage: Das ist auch gut so, denn der erste Zwischenbericht zur Standortsuche weist 17 potenzielle Standorte für Atom Müllendlager in Brandenburg aus.

Wir haben in Ostdeutschland im Beteiligungsprozess einen strukturellen Nachteil: Im Gegensatz zu Westdeutschland, wo die Antiatomkraftbewegung seit den 1970er-Jahren existiert und sicherlich gut gerüstet in den Abwehrkampf gegen ein Endlager zieht, hat Ostdeutschland hier Nachholbedarf. Deshalb teile ich den Hinweis der Fraktion DIE LINKE, dass auch das Land in der Pflicht ist, unsere Bürgerinnen und Bürger bei der Informationssuche und Meinungsfindung zu unterstützen. Es ist von elementarer Bedeutung, dass alle Interessierten leichten Zugang zu relevanten Informationen und Kenntnis vom Stand der Mitarbeit des Landes Brandenburg im Prozess bekommen. An diesem Punkt ist selbstkritisch festzuhalten: Da ist noch Luft nach oben. Ich habe einmal auf die Internetseiten des Verbraucherschutzministeriums, des Umweltministeriums oder auch des Wirtschaftsministeriums geschaut und konnte dort keine Hinweise auf den Beteiligungsprozess zur Endlagersuche finden. Da müssen wir besser werden.

Wo ich im Moment allerdings etwas skeptisch bin, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, ist ein weiteres Begleitgremium. Das bereits bestehende Nationale Begleitgremium ist in den Auswahlprozess involviert. Die Region Berlin-Brandenburg ist personell durch Frau Prof. Dr. Magdalena Scheck-Wenderoth vom Helmholtz-Zentrum Potsdam und den Theologen Dr. Markus Dröge, dem ehemaligen Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, vertreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bisher herrschte weitgehender politischer Konsens darüber, die Endlagersuche wissenschaftsbasiert, neutral und ohne Einflussnahme der Politik durchzuführen. Die Rede ist dann von einem weißen Blatt Papier, auf dem man die Endlagersuche allein auf der Basis geologischer Befunde führe. Ich hoffe das. Denn genauso wie dem bayerischen Ministerpräsidenten Söder für Bayern fiel mir sehr schnell ein, warum der Müll nicht nach Brandenburg kommen sollte - sei es die bisherige Belastung rund um das Zwischenlager Gorleben an einer Grenze zu Brandenburg, sei es die Abwicklung des einzigen Kernkraftwerks auf ostdeutschem Boden in Rheinsberg, sei es die anstehende Sanierung unserer Braunkohlereviere oder auch die durchaus hohe Belastung als Windradhochburg Deutschlands.

Die Entscheidung wird uns abgenommen. Diese trifft am Ende aus guten Gründen der Bundestag. Deshalb ist es richtig, dass die Beteiligung auf Bundesebene stattfindet. Umso wichtiger ist es aber auch, dass wir den Brandenburgerinnen und Brandenburgern alle Möglichkeiten aufzuzeigen, sich in den bestehenden Prozess auf Bundesebene einzubringen. Hier können wir ruhig noch eine Schippe drauflegen.

Über die nächsten Schritte in der Kommunikation und in der Begleitung des Prozesses wird nun zu beraten sein. Den Antrag der Linken lehnen wir jedoch ab.

Vizepräsidentin Richstein:

Vielen Dank. - Wir kommen jetzt zum Redebeitrag der AfD-Fraktion. Für sie spricht Frau Abgeordnete Barthel.

Frau Abg. Barthel (AfD):*

Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Brandenburger! Zum wiederholten Male reden wir heute über die durch veraltete Reaktoren bereits angefallenen radioaktiven Reststoffe. Sie,

werte Kollegen von den Linken, fordern in Ihrem Antrag, Bürger und Kommunen bei der Begleitung des Auswahlprozesses für ein Atommüllendlager zu unterstützen. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Erkenntnis! Auch die AfD als direktdemokratische Partei begrüßt ausdrücklich jede Form der Bürgerbeteiligung. Denn viel zu oft entscheidet die Politik über die Köpfe der Bürger hinweg und drückt so Entscheidungen gegen den eigentlichen Mehrheitswillen durch.

Trotzdem werden wir uns zu diesem Antrag enthalten, denn die Linken sind beim konkreten Thema ihrer angestrebten Bürgerbindung leider auf dem falschen Dampfer und vergessen hier wichtige Lösungsmöglichkeiten. Doch dazu gleich mehr, erst ein paar Worte zur genauen Ausgestaltung der Partizipationsstärkung:

Natürlich ist es einerseits sinnvoll, die beteiligten Kommunen und Bürger fachlich so zu unterstützen, dass sie sich angemessen in die Prozesse einbringen können; insbesondere wenn sonst ein Nachteil gegenüber anderen Bundesländern besteht, zweifelt niemand die Sinnhaftigkeit der Unterstützung an. Andererseits ist es fraglich, ob man hier nach dem typisch linken Motto „Nicht nur, wenn du nicht mehr weiterweißt, sondern eigentlich immer, wenn es dir irgendwie möglich ist, gründe einen Arbeitskreis!“ vorgehen muss. Man könnte statt eines neuen Gremiums auch darüber nachdenken, das Verbraucherschutzministerium gezielter zu verpflichten.

Wir haben außerdem die Befürchtung, dass die Formulierung „Einbindung der Wissenschaft“ für diese Landesregierung nicht präzise genug sein könnte. Wir haben im Zuge der Corona- und mittlerweile Dauerlockdown-Krise ja nun zur Genüge gesehen, wie Wissenschaftler bewusst ausgewählt und zum Erreichen des gewünschten Ergebnisses eingespannt werden können.

Des Weiteren wäre es wichtig, erst einmal klare Regelungen zur Information der Kreistage zu schaffen, denn mancherorts werden über aktuelle Vorgänge zur Endlagersuche zumeist nur der Bürgermeister oder der Landrat direkt informiert.

(Zuruf)

- Doch, das ist so. - Wir halten Ihre Hoffnung auf Akzeptanzsteigerung durch ein paar Informationsveranstaltungen übrigens für einen ziemlich frommen Wunsch. Egal wie gut man die Menschen einbindet, niemand - niemand! -, meine Damen und Herren, wird ein Endlager vor der Haustür haben wollen.

Wir bezweifeln stark, dass Sie offen für alternative Anregungen und Lösungsvorschläge der Bürger sein werden, womit wir beim größten Mangel Ihres Antrags angekommen sind: Allein durch die Übernahme des grünen Framings „Atommüll“ zeigen Sie, dass Sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben. Müll ist in der Regel etwas, dessen Verwendungsoptionen an ihr Ende gekommen sind. Dies ist in Hinblick auf die radioaktiven Reststoffe jedoch eine zeitlich überholte Denkweise.

(Zuruf)

- Ja, Sie sind nicht auf dem neuesten Stand, Herr Bretz. - Es sind technische Möglichkeiten in Sicht, welche es ermöglichen würden, diese noch zur Energieerzeugung zu verwenden - wohlge- merkt auf vollkommen sichere Art und Weise. Auch ohne eine anschließende Nutzung gäbe es Optionen zur Aufbereitung der Reststoffe. Deren Hauptproblem ist, dass hier Materialien mit unterschiedlichsten Strahlungseigenschaften gemischt vorliegen.

Würde man diese voneinander trennen, wäre eine sehr große Verringerung der Strahlungsintensität und -dauer möglich. Genau hierfür stehen nun wissenschaftlich überprüfte Konzepte bereit, die nur auf ihre Umsetzung warten.

Wie Sie in Ihrem Antrag selbst anerkennen, ist die aktuell von der Endlagerkommission angesetzte notwendige Verwahrungsdauer von einer Million Jahren absurd. Derartiges zu garantieren erscheint vollkommen utopisch. Halbwegs planbar wären höchstens wenige Hundert Jahre, was durch die neuen Verfahren bei der Strahlungsdauer zum ersten Mal möglich würde. Derart wichtige Entwicklungen müssen bei der Diskussion um das Endlagerproblem zwingend beachtet werden. Genau dies leistet Ihr Antrag nicht.

Wir bitten Sie alle inständig, den Stand der Technik zu begreifen - auch Sie, Herr Bretz - und mit uns im Sinne von Natur und Mensch innovationsorientierte Lösungswege zu beschreiten. - Vielen Dank und frohe Ostern!

Vizepräsidentin Richstein:

Wir kommen jetzt zum Redebeitrag der Abgeordneten Augustin, die für die CDU-Fraktion spricht. Bitte.

Frau Abg. Augustin (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein wichtiges Thema - da schließe ich mich den Vorrednern Herrn Domres und Herrn Lüttmann an -, und auch ich bin dankbar, dass wir heute darüber sprechen. Lassen Sie mich das auch als jemand sagen, der die Bürgerinitiativen im Oderbruch, als das Thema CO₂-Verpressung dort noch sehr stark thematisiert wurde, erlebt hat.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, so wirklich nachvollziehen kann ich Ihren vorliegenden Antrag in diesem Ausmaß nicht. Unterm Strich wirkt es, als wollten Sie zusätzlich zu dem transparenten, bürgeroffenen Verfahren auf Bundesebene ein zusätzliches Brandenburger Gremium schaffen, das die gleichen Aufgaben erfüllt. Das ist meines Erachtens nicht notwendig. Alle Aspekte, die Sie im Antrag aufzählen, wurden und werden durch Beratungsprozesse auf Bundesebene umgesetzt. Brandenburg war wie alle anderen Bundesländer auch von Beginn an eingebunden.

Dass der Prozess an sich auch von uns - dem Landtag, den Fachpolitikern - begleitet werden muss - da bin ich absolut bei Ihnen. Aber vieles, was Sie aufzählen, wird bereits geboten.

Dazu möchte ich an dieser Stelle auch einmal auf einige Hinweise, Veranstaltungen und Beratungen verweisen: Am 1. September 2020 wurde allen Landtagsabgeordneten von der Landtagspräsidentin ein Schreiben des Präsidenten des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, Wolfram König, weitergeleitet, in dem er den Stand zur Endlagersuche klar formulierte. Zitat aus diesem Schreiben:

„Im März 2017 verabschiedete der Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit das novellierte Standortauswahlgesetz (StandAG). Es markiert einen Neustart bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland, indem es den Umgang mit dem Erbe des Atomzeitalters als schwierige, aber lösbare und gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreift. Kern des Vorgehens bilden wissenschaftsbasierte Kriterien, auf deren Basis in ganz Deutschland

nach dem Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit gesucht wird. Keine Region wird aufgrund von nichtfachlichen Erwägungen ausgeschlossen und umgekehrt - keine Region rückt aufgrund nichtfachlicher Interessenlagen in den Fokus. Die Ergebnisoffenheit ist zentral für die Glaubwürdigkeit des Verfahrens."

So weit aus dem Schreiben, das, wenn Sie genau zugehört haben, auch schon einige Antworten auf den vorliegenden Antrag gibt.

Zwischenzeitlich liegt der Zwischenbericht vor und wurde in einer Auftaktveranstaltung vorgestellt. Ich freue mich, dass Herr Domres auch dabei war. Ich erinnere mich an das Wochenende, an dem ich der Fachkonferenz beiwohnte, sehr gut - es war nämlich mein Geburtstagswochenende. Es war außerdem die erste Fachkonferenz Teilgebiete, die online stattfand. Dadurch hat es auch eine große Beteiligung gegeben. Wir haben es schon gehört: Ungefähr 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren es pro Tag. Alle Tage zusammengerechnet sprach man sogar von einer Zahl über 1 000 Personen, die sich eingeschaltet haben. Weitere Fachkonferenzen sind geplant.

Sie erwähnen diese Konferenz auch im Antrag, aber ich bin mir da nicht sicher, ob wir tatsächlich bei der gleichen Veranstaltung waren. Ob die Vorstellung des Verfahrens, die Arbeitsgruppen, die teilweise auf mich wie das Einführungsseminar Geologie im Grundstudium wirkten - ich könnte zwar keine Facharbeit schreiben, aber ich fand die Erläuterungen sehr, sehr gut -, oder die transparenten und unter breiter Beteiligung durchgeführten Wahlen - aus meiner Sicht verlief es, wie angedacht, sehr gut und unter großer Beteiligung von Bürgern, Kommunen, zu einem kleineren Anteil Organisationsvertretern und Wissenschaftlern und, wie wir feststellen, auch Politikern. Insofern kann ich nicht nachvollziehen, an welcher Stelle die Interaktion eingeschränkt gewesen sein soll. Dann haben wir uns auch im virtuellen Café - der dortigen „Kaffeecke" - verpasst. Dort hätten wir wenigstens auf meinen Geburtstag anstoßen können.

Aber auch ein auf der Fachkonferenz beantragtes Moratorium, das habe ich als Schlag gegen die Initiative zur Gründung eines Gremiums wahrgenommen, wurde mit deutlicher Mehrheit von allen Zugeschalteten abgelehnt. Seither ist der Prozess weiter transparent vorangegangen.

Ich habe im Vorfeld auch einmal versucht zusammenzuzählen, wie viele Einladungen, Hinweise zur Beteiligung und weitere Informationen ich seitdem bekommen habe. Es sind mindestens 30 E-Mails - ich schaffe es gar nicht mehr, dem nachzugehen oder mich einzuschalten. Dank der veröffentlichten Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekomme ich zudem seither diverse E-Mails, Informationen und weitergehende Hinweise. Kurzum: Zumindest auf dieser Ebene muss ich sagen: Mehr Einbindung geht kaum.

Daher ist mir auch unverständlich, was Sie in diesem Umfang hier jetzt fordern. Das Verfahren läuft transparent und unter großer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie Initiativen, und dafür stehen auch die Gelder bereit. Ich weiß auch nicht, wie das von Ihnen im Antrag Geforderte in dem Ausmaß finanziert werden soll. Natürlich muss Brandenburg bei 17 in Betracht kommenden Gebieten einen scharfen Blick auf diesen Prozess werfen - da bin ich auch absolut bei Ihnen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch sagen, dass es von ganz wesentlicher Bedeutung ist, dass der letztlich gefundene Standort von allen Betroffenen als bestmöglicher akzeptiert werden

kann. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns an das nach langer öffentlicher Diskussion 2017 gesetzlich festgelegte Verfahren halten. Dass das Vertrauen in dieses Verfahren beschädigt oder zerstört wird, will und mag ich nicht zulassen. Alle Eindrücke, die ich als zuständige Sprecherin meiner Fraktion aus der bisherigen Durchführung gewinnen konnte, sind positiv und zeigen eine große Zustimmung der vielen Interessierten zum Verfahren. Diesen Weg sollten wir auch aus Brandenburger Sicht weiter konstruktiv begleiten. Die Gründung einer Parallelstruktur Brandenburgs in einem derartigen Gremium lehnen wir ab. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Richstein:

Vielen Dank. - Wir setzen die Aussprache mit dem Redebeitrag der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER fort. Für sie spricht Herr Dr. Zeschmann.

Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW):

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger! Ich muss ehrlich sagen: Nach der jetzigen Debatte bin ich etwas erstaunt. Herr Lüttmann hat die ganze Zeit für den Antrag gesprochen; dann hat er am Ende mühsam versucht, die Kurve zu kriegen, um ihn doch ablehnen zu können. Und Frau Augustin, ich fand Ihren Beitrag interessant, aber er hat sich aus meiner Sicht nicht mit dem Antrag beschäftigt. Sie sagten: Wir haben doch einen tollen Beteiligungsprozess und Transparenz; da werden die Bürger beteiligt. - Das ist alles richtig, aber darum geht es nicht.

Es geht darum, ob wir als Brandenburg zusammen mit unseren Kommunen und den im Antrag angesprochenen Regionen unsere Interessen mindestens genauso gut in den Auswahlprozess einbringen und dort vertreten können wie andere Bundesländer. Dort nämlich erhalten die betroffenen Regionen systematische Unterstützung von ihrer Landesebene, um sich da wirklich fachlich einbringen zu können. Ich muss jetzt nicht alles wiedergeben; das wurde hier schon gesagt: Wenn ich mich da einbringen will, muss ich mich wirklich fachlich kompetent einbringen können - und das können viele ehrenamtliche Kommunalpolitiker nicht. Einige, die seit vielen Jahren in Bürgerinitiativen aktiv sind, können das vielleicht; allerdings - das hat Herr Lüttmann zu Recht angesprochen - haben da westdeutsche Bundesländer offensichtlich mehr Erfahrung und mehr Kenntnisse - auch bei ihren Kommunalpolitikern und Bürgerinitiativen.

Deswegen möchte ich Ihnen, werte Kollegen von den Koalitionsfraktionen, die Frage stellen: Wollen Sie ein Endlager in Brandenburg - ja oder nein? - Danke, dass Sie mir so „zahlreich" geantwortet haben. Ich glaube, Sie alle wollen genauso ...

(Zuruf)

- Wie bitte?

(Zuruf)

Ich weiß, dass Sie alle, wenn Sie für Brandenburger Interessen und unsere Menschen eintreten, hier kein Endlager haben wollen. Jetzt ist eben die Frage: Wenn dem so ist, wollen Sie dann unsere Kommunen, unsere Kommunalpolitiker und Bürgerinitiativen ausreichend unterstützen, sodass sie sich wirklich kompetent in diese doch sehr fachpolitische oder fachliche Diskussion einbringen können?

(Zuruf)

Ich habe jetzt „Ja“ gehört - das finde ich gut! Aber dann müssten Sie dem Antrag eigentlich zustimmen - denn wie wollen wir das sonst sicherstellen?

Sie wissen, dass wir, was die Energieversorgung in Brandenburg angeht, mit dem Braunkohletagebau und den erneuerbaren Energien sowieso schon eine sehr hohe Belastung tragen. Ein Atomendlager würde das Fass wirklich zum Überlaufen bringen. Die regionalen Vertreterinnen und Vertreter haben Einflussmöglichkeiten - der Beteiligungsprozess wurde schon beschrieben -, aber sie haben nicht genügend Beratung und Unterstützung.

Es geht hier - ich verstehe auch nicht, wie Sie, Frau Augustin, darauf kommen - überhaupt nicht darum, ein weiteres Gremium zu schaffen - zumindest habe ich das nicht so aus dem Antrag herausgelesen -; es geht hier auch nicht darum, Parallelstrukturen zu schaffen, sondern es geht nur darum, Chancengleichheit gegenüber den Vertretern anderer Bundesländer zu realisieren. Das, finde ich, sollten wir als Land Brandenburg, das sollte auch die Landesregierung tun und in diesem Verfahren unterstützen, denn es geht doch letztlich um unsere Interessen: Es geht darum, dass wir alles dafür tun, dass wir in Brandenburg möglichst kein Atommüllendlager bekommen.

Ich finde, das sollte man nicht dem Zufall überlassen. Ich habe den Eindruck, Sie von den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung sagen: Na ja, okay, wir gucken da ein bisschen drauf. Wir hören ein bisschen in dem Partizipationsprozess zu. Der läuft ja ganz gut; da gibt es ein bisschen Beteiligung, alles gut so! Und wenn wir Pech haben, ist es eben so. - Nein, das können wir aus meiner Sicht schon deswegen so nicht machen, weil in anderen Bundesländern die Bürger und Bürgerinitiativen sowie die Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordneten, die sich dort engagieren und für ihre Region einbringen, offenkundig systematische Unterstützung von ihrem Bundesland, von ihrer Landesregierung erhalten.

Vizepräsidentin Richstein:

Herr Dr. Zeschmann, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW):

Nein, danke. - Es geht hier also darum, zum Wohle Brandenburgs und der hier lebenden Menschen diesen Antrag möglichst schnell zu beschließen und umzusetzen, damit letztendlich Schaden von unseren Bürgerinnen und Bürgern, von unserer Wirtschaft, insbesondere dem Tourismus, und vom Land Brandenburg abgewendet wird. Deswegen hoffe ich, dass Sie - wie andere Bundesländer auch - unseren beteiligten, ehrenamtlichen Kommunalpolitikern und Bürgerinitiativen diese Unterstützung gewähren wollen; wenn nicht, ist am Ende der Katzenjammer verdammt groß und verdammt lang, weil wir dann nämlich für die nächsten Millionen Jahre ein Atommüllendlager haben werden. Vielleicht sollten wir einmal überlegen, ob wir hier nicht doch ausnahmsweise an einem Strang ziehen. - Danke schön.

Vizepräsidentin Richstein:

Wir setzen mit dem Redebeitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Für sie spricht Herr Abgeordneter Raschke.

Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE):

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Sehr geehrte Gäste, auch zu Hause an den Bildschirmen! Werte Abgeordnete! Kennen Sie die Pyramiden von Gizeh?

(Zuruf: Ja!)

Ja - das ist auch eine rhetorische Frage -, natürlich kennen Sie die Pyramiden. Sie haben sie jetzt vielleicht sogar vor Augen - den Wüstensand, die Kamele, die Pharaonen -; denn diese beeindruckenden Bauwerke haben sich fest in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt. Deswegen brauche ich meine zweite Frage gar nicht zu stellen: Natürlich kennen Sie auch die katholische Kirche, eine der ältesten Institutionen dieser Welt, die seit rund 2 000 Jahren existiert, Könige und Kaiser hat kommen sehen, Spaltungen überlebt hat und dennoch ihre Idee und Regeln über Hunderte von Jahren getragen hat.

Sie ahnen schon, worauf ich hinaus will: Rund 2 000 Jahre Kirche, über 4 500 Jahre Pyramiden - zwei der am längsten bestehenden Institutionen der Menschheit -, und dennoch ist ihr Bestehen nur ein Wimpernschlag gegenüber der Aufgabe, atomaren Müll sicher zu lagern; denn wenn wir ehrlich sind: Dafür haben wir als Menschheit noch kein Konzept, kein gutes Konzept - dafür, über Jahrhunderte, Jahrtausende, über eine Million Jahre strahlenden Atommüll sicher zu verwahren, dafür zu sorgen, dass er niemanden gefährdet und niemand ihn missbrauchen kann, dass niemand - etwa weil das Wissen verloren gegangen ist - Siedlungen darauf errichtet, die dann völlig verseucht sind, oder in - sagen wir - 300 Jahren damit schmutzige Bomben baut, weil wir ihn nicht gut genug bewacht haben. Ein überzeugendes Konzept gibt es dafür noch nicht. Aber der erste Schritt ist klar: Wir brauchen einen Ort, an dem die atomaren Abfälle so sicher wie möglich lagern. Das, nur das darf Ausgangspunkt für eine Endlagersuche sein.

Der erste Versuch, in Deutschland einen solchen Ort zu finden, ist gründlich schiefgegangen. Ich muss mich da um Zurückhaltung bemühen und wähle eine sachliche Darstellung; ich zitiere aus Wikipedia zum geplanten Endlager in Gorleben:

„Die Standortentscheidung war im Jahr 1977 unter [...] Bundeskanzler Helmut Schmidt und der CDU-Landesregierung von Ministerpräsident Ernst Albrecht gefallen. Zuvor waren 140 Salzstöcke [...] betrachtet worden. [...] Gorleben wurde ausgewählt, ohne dass geologische Begründungen für die Errichtung eines Endlagers an diesem Standort benannt worden wären [...]. Maßgeblich bei der Standortauswahl war stattdessen die geopolitische Randlage des dünn besiedelten Wendlandes im damaligen Zonenrandgebiet an der innerdeutschen Grenze.“

Wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben jahrzehntelang erbittert in den Parlamenten, auf der Straße, in harten Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht gegen die Nutzung von Atomkraft und gegen diesen falschen Standort in Gorleben gestritten. Diesen Moment, dort untergehakt mit Claudia Roth von der Polizei weggetragen zu werden, werde ich in meinem Leben sicherlich nicht vergessen. Wir als Bündnisgrüne haben diese Technologie nie gewollt - das dürfte bekannt sein. Aber die Atomenergie ist Geschichte, genauso wie der falsche Standort. Jetzt heißt es, gemeinsam zur Verantwortung zu stehen und diesen Fehler nicht zu wiederholen.

Damit bin ich konkret bei Ihrem Antrag, liebe Linke. Wir teilen einige wichtige Forderungen, etwa die nach mehr Beteiligung: Es ist kein Geheimnis, dass das zuständige Ministerium mit Corona und diversen Tierseuchen unterschiedlichster Art ganz gut ausgelastet ist und seine Anstrengungen gern noch verstärken würde. Es ist ebenso richtig, dass wir aus unserer Sicht nichts übers Knie brechen müssten: Wir suchen eine Lösung für eine Million Jahre - da könnten wir aus unserer Sicht, aus meiner Sicht noch ein paar Monate warten, bis Fachkonferenzen wieder in Präsenz stattfinden können; dafür hätte ich große Sympathie. Aber: In Ihren Antrag hat sich etwas eingeschlichen, was auch in anderen Parteien verbreitet ist - wir haben es gerade gehört -, etwas, vor dem - wenn wir ehrlich sind - wir alle nicht gefeit sind: Es hat sich der Grundfehler eingeschlichen, doch wieder politische Kriterien für die Standortauswahl in die Debatte zu bringen.

Schauen wir in Ihren Antrag - auch wenn Sie versuchen, es wieder abzuschwächen -: Ja, andere Regionen in Deutschland haben mehr von Atomenergie profitiert als Brandenburg - übrigens hatten auch wir ein AKW, in Rheinsberg -, und ja, wir sind hier von den Folgen der Braunkohle härter getroffen als andere. Aber noch einmal: Wir haben die Aufgabe, eine Lösung zu finden, die länger besteht als die katholische Kirche und älter wird als die Pyramiden. Dafür brauchen wir Akzeptanz und vor allem den geologisch am besten - am wenigsten schlecht - geeigneten Standort.

Wir dürfen nicht beides gegeneinander ausspielen. Denn allein das ins Spiel zu bringen - und sei es auch noch so relativiert, lieber Kollege Domres - birgt Gefahren; wohin das führt, hat Kollege Zeschmann leider gerade deutlich illustriert. Wir müssen verhindern, dass solche Kriterien überhaupt wieder im Spiel sind oder ins Gespräch kommen. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab, auch wenn wir einige der Forderungen teilen. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Richstein:

Wir fahren mit dem Redebeitrag der Landesregierung fort. Zu uns spricht Frau Ministerin Nonnemacher.

Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Nonnemacher:

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Mit der Vorlage des sogenannten Zwischenberichtes Teilgebiete durch die Vorhabenträgerin im Endlagerstandortsuchverfahren, die Bundesgesellschaft für Endlagerung, BGE, wurde ein weiterer Schritt in dem mehrstufigen Verfahren zur offenen, transparenten und bundesweiten Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit getan. Im Rahmen der Fachkonferenz Teilgebiete sollen sich nun die Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, nichtstaatliche Organisationen, aber auch Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, informieren, ihre Bedenken und Hinweise einbringen und nicht zuletzt auch Kritik anbringen können. Das bedingt, dass sich auch ein großer Personenkreis der vorgenannten Gruppen am Verfahren beteiligt.

Sicher sind die pandemiebedingten Online-Beteiligungsformate ungewohnt und aufgrund der technischen Randbedingungen einschränkend. Da gegenwärtig niemand sagen kann, wann Präsenzveranstaltungen mit hoher Teilnehmerzahl wieder möglich sind, appelliere ich an alle, sich intensiv zu beteiligen; denn das genau ist es, was dieser Prozess bringen soll: über Jahre Befriedung und intensive Beteiligung.

Der nun in Rede stehende Antrag der Fraktion DIE LINKE vermittelt mir ein wenig den Eindruck, sich etwas vom gemeinsamen Grundkonsens zu entfernen. Vor einigen Jahren hat dieses Haus für ein offenes, transparentes und bundesweites Suchverfahren nach einem Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit votiert. Das war im Jahr 2010. Die beiden Vorgängerregierungen - nebenbei gesagt, unter Regierungsbeteiligung der Partei DIE LINKE - haben diesen Tenor mitgetragen. Im Gesetzgebungsverfahren zum Standortauswahlgesetz haben Bund und Länder in einer seltenen Meinungsübereinstimmung das nun zu realisierende Verfahren beschlossen.

Ich kann nicht ganz nachvollziehen, weshalb nun ein derartiger Sinneswandel, wie er im Vorwort zu den Beschlusspunkten formuliert ist, zum Tragen kommt. Sie können mir wirklich glauben, meine Damen und Herren: Zur Kernenergienutzung ist meine Affinität verschwindend gering, und selbstverständlich wäre ich sehr unglücklich, wenn letztlich der Standort mit der bestmöglichen Sicherheit in Brandenburg oder Umgebung liegen würde.

Aber ich komme nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass auch in Brandenburg radioaktive Abfälle anfallen und angefallen sind, die der Endlagerung harren. Das Land Brandenburg hat nur deshalb kein Zwischenlager, weil die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern sich gleich nach der Wende damit einverstanden erklärte, dass die radioaktiven Abfälle des stillgelegten Kernkraftwerks Rheinsberg bis zur Endlagerung im Zwischenlager Nord verbleiben dürfen. Da geht Mecklenburg-Vorpommern in Leistung, denn das Zwischenlager Lubmin ist eine Belastung für das Land. Gleiches gilt für die an eine Landessammelstelle abzuliefernden radioaktiven Abfälle aus den Bereichen Medizintechnik und Forschung. Der bereits mehrfach gehörte Hinweis „In Brandenburg fallen keine radioaktiven Abfälle an!“ kann so nicht bestätigt werden.

Grundsätzlich ist eine Unterstützung der Kommunen und Bürger auch unter dem Gesichtspunkt einer offenen und transparenten Verfahrensführung absolut sinnvoll. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ergibt aber ein zusätzliches permanentes Landesbegleitgremium aus hiesiger Sicht wenig Sinn. Ein Landesbegleitgremium existiert übrigens in der Mehrzahl der Länder nicht.

Den Bürgern und Kommunen werden von der Vorhabenträgerin, der Bundesgesellschaft für Endlagerung, und dem Bundesamt für die Sicherheit in der nuklearen Entsorgung, BASE, umfangreiche Informations- und Dialogmöglichkeiten angeboten. Seitens des BASE gibt es ein spezielles Internetportal, auf dem Verfahrens- und Sachaspekte hinterfragt und Antworten nachgelesen werden können. Es ist nicht erkennbar, welchen Mehrwert ein Landesbegleitgremium bringen soll. Darüber hinaus bietet das Nationale Begleitgremium in seiner Wächterfunktion bezüglich des Verfahrens Bürgerinnen und Bürgern sowie Kommunen die Möglichkeit der Konsultation. Wir sollten alle dazu ermutigen und darin bestärken, die vielfältigen Beteiligungsformate zu nutzen.

Erste Schritte haben wir als MSGIV mit der Bewerbung der Auftaktveranstaltung der Fachkonferenz Teilgebiete und des ersten Beratungstermins getan, weitere proaktive Bewerbungsschritte werden garantiert folgen. - Deshalb rate ich, den vorliegenden Antrag abzulehnen. - Danke.

Vizepräsidentin Richstein:

Ich gehe davon aus, dass Herr Abgeordneter Domres noch einmal das Wort ergreifen möchte. - Er hat dann hierzu Gelegenheit.

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal sage ich danke für die doch vielschichtige Diskussion.

Ich bin von einigen Argumenten schon überrascht. Ich fange einmal mit Frau Barthel an, dann habe ich das weggearbeitet. Es gibt schon Arbeitskreise in Kreistagen - OPR und Prignitz fallen mir da ein -, die sozusagen eigenständige Gremien gebildet haben, in denen Bürgerinitiativen, Hauptverwaltungsbeamte, Kreistagsabgeordnete sich für ihre Region gemeinsam dem Endlagersuchprozess stellen. Es passiert also schon einiges, und genau diese Gremien müssen unterstützt werden. Ich habe in Vorbereitung des Antrags verschiedene Gespräche geführt, und die aufgeführten Punkte sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern mir wurde von vielen mitgeteilt, an der Stelle bräuchten sie Hilfe.

Punkt zwei: Frau Barthel hat eben mitgeteilt, dass die AfD eine Lösung für den hochradioaktiven Atommüll habe. Ich fühlte mich ein Stück weit an die Ausführungen von Frau Storch zur Photovoltaik und zur Sonne erinnert. Deshalb sage ich einmal: Ganz klare energiepolitische Lösung!

Lieber Björn Lüttmann, ich habe nicht ein richtiges Argument gehört, warum der Antrag abgelehnt gehört - du hast für ihn gesprochen. Das Einzige war das Begleitgremium, aber lass es uns nicht Begleitgremium, sondern Arbeitskreis oder wie auch immer nennen. Und die Feststellung, dass wir besser werden müssen, dass wir eine Schippe drauflegen müssen, teile ich. Allein: Ohne konkreten Auftrag durch das Parlament fehlt mir der Glaube.

Kristy Augustin, uns geht es um fachliche Unterstützung. Es geht nicht darum, dass das Begleitgremium in irgendeiner Form Entscheidungen herbeiführen soll, sondern dort sollen sich Leute vernetzen, soll fachliche Unterstützung organisiert werden. Und ich finde es bemerkenswert, wenn das Landesbergamt eine Stellungnahme bearbeitet und ich auf eine Anfrage die Antwort bekomme: Die BGE soll die Stellungnahme veröffentlichen, wir als Land halten uns da raus. - Das finde ich falsch, und da geht, glaube ich, auch mehr.

Zum Verfahren, das jetzt gewählt wurde: Ich möchte nicht, dass das Beteiligungsverfahren in irgendeiner Form beschädigt wird oder wir da Vertrauen kaputt machen. Ich finde nur, dass die Diskussion, die breit aufgestellte fachliche Diskussion, manche überfordert und daher manche genau die falschen Schlussfolgerungen ziehen.

Benjamin Raschke, es wäre ein großer Fehler, wenn wir die Augen davor verschließen, dass in der Bevölkerung nicht ausschließlich die geologischen und fachlichen Argumente zählen. Natürlich wird es politische Argumente geben, und davor sollten wir nicht die Augen verschließen, deshalb muss man sich auch mit den politischen Argumenten auseinandersetzen. Und ich glaube, wir haben ganz klar formuliert, dass, um eine Entscheidung hinzubekommen, natürlich die Sicherheitsanforderungen oberste Priorität haben müssen. Und die Frage, ob wir in Brandenburg ein Atomendmülllager wollen, ist jetzt nicht mit Ja oder Nein zu beantworten - weil wir das ergebnisoffene Verfahren wollen.

Liebe Frau Ministerin Nonnemacher, wir stehen zu dem Konsens - die bestmögliche Sicherheit -, das ist völlig klar. Aber ich erwarte vom Ministerium etwas mehr als nur Werbung für irgendwelche Veranstaltungen der BGE - etwas mehr darf es schon sein.

Und - der letzte Satz - auch wenn jetzt die Argumente alle ausgetauscht sind und die Koalition gesagt hat, dass der Antrag gar nicht gehe: Sie sind in der Pflicht, Sie sind an der Regierung, Sie müssen sagen, was dann geht. Deswegen erwarte ich von Ihnen eine ganz klare Ansage: Wie wollen Sie die Bürgerinnen und Bürger, wie wollen Sie die Kommunen beim Endlagersuchprozess fachlich unterstützen? - Danke schön.

Vizepräsidentin Richstein:

Vielen Dank. Das war mal wieder das Momentum der wundersamen Satzvermehrung: Ich habe nur noch einen Satz. - Ich schließe damit die Rednerliste und komme zur Abstimmung. Ich lasse über den Antrag der Fraktion DIE LINKE, „Bürgerinnen und Bürger und Kommunen bei der Begleitung des Auswahlprozesses für ein Atommüll-Endlager unterstützen“, Drucksache 7/3141 - Neudruck -, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag bei zahlreichen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 10 und rufe Tagesordnungspunkt 11 auf.

TOP 11: Gute Arbeitsbedingungen für wichtige Arbeit: Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter in der Landwirtschaft unterstützen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 7/3189

Ich eröffne die Aussprache und bitte Herrn Abgeordneten Domres für die Fraktion DIE LINKE an das Rednerpult.

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist Ende März und nun dauert es nicht mehr lange, bis der erste Spargel gestochen wird - von vielen mit Ungeduld erwartet als Zeichen des Frühlings, aber vor allem natürlich, weil Spargel lecker ist und weil er regional und geradezu ein Markenzeichen des Landes ist. Die Verkaufsstellen an den Straßenecken sind schon aufgebaut, die Spargelhöfe warten auf ihre Gäste. Das gehört zum Frühling und zu Brandenburg.

Aber im vergangenen Jahr haben wir gesehen, dass das alles nicht so selbstverständlich ist. Kurz vor Saisonbeginn kam Corona, und mit Corona kamen die Einreisebeschränkungen für Erntehelferinnen und Erntehelfer aus anderen Staaten. Vielen Menschen ist wohl erst bei dieser Gelegenheit bewusst geworden, wie sehr Teile unserer Landwirtschaft von diesen Fachkräften abhängen. Es gab seinerzeit zwar Einreisekontingente, aber es kamen weniger Menschen als benötigt.

Wir hatten eine bemerkenswerte Welle der Bereitschaft, auszuweichen. Über Vermittlungsportale meldeten sich Menschen, die in Kurzarbeit waren oder ihrer üblichen Arbeit nicht nachgehen konnten, und boten ihre Unterstützung bei der Ernte an. Das war bemerkenswert, aber im Ergebnis waren sich die Landwirtschaftsbetriebe wohl ziemlich einig: Solche Aushilfskräfte können Facharbeiter nicht ersetzen. Denn es geht um eine Arbeit, die nicht nur einiges an Erfahrung voraussetzt, sondern auch kör-